

Beeskow wird um vier weitere Ortsteile größer

BEESKOW. Zu Beginn der 5. Stadtverordnetensitzung gaben Stadtverordnetenvorsteher Busse und Bürgermeister Taschenberger je eine Erklärung ab.

Im ersten Fall wurde den Bürgermeistern, Gemeindevertretern und Bürgern von Kohlsdorf, Bornow, Krügersdorf und Schneeberg, die sich im Zuge der neuen Ämterbildung zur Angliederung an die Kreisstadt bekannt haben, die Zusicherung gegeben, daß dies für die Stadtverordneten eine Herausforderung bedeute.

Die von Taschenberger abgegebene Erklärung betraf den künftigen Aufenthalt der Kinder von Tschernobyl in Beeskow. Um ihnen während dieser Zeit ein Taschengeld zu gewähren, forderte er die Abgeordneten auf, sich in einer umlaufenden Liste mit einem Spendenbetrag einzutragen.

Beiden Erklärungen wurde zugestimmt, und im Ergebnis stand die Summe von 1710 DM zu Buche, das ist die Monatspauschale für die im Mai stattfindende Sitzung, auf die die Abgeordneten verzichteten.

Obwohl der Beschluß über die Haushaltssatzung aufgrund der kurzen Einsichtnahmezeit durch die Abgeordneten auf eine Sondersitzung im Mai verlegt wurde, nahm die Debatte darüber den breitesten Raum ein.

Zuvor erläuterte Finanzdezernent Möller, welche Sofortmaßnahmen eingeleitet wurden, nachdem „über Nacht“ bekanntgeworden war, daß im Haushalt ein Defizit von 2 Millionen Mark aufgetreten war. So beinhaltet eine verlängerte Haushaltssperre, daß nur noch unbedingt notwendige Mittel ausgegeben werden dürfen. Unter anderem wurde der Lohnfonds für jeden einzelnen Mitarbeiter der Stadtverwaltung neu berechnet, eine Schulumlage für die zum Schulbereich gehörenden Gemeinden erhoben. Im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt gab es weitere Streichungen. Das wiederum betrifft eine Anzahl von Werterhaltungsmaß-

nahmen, die nun im kommenden Jahr erledigt werden sollen. „Der danach neuerstellte Haushaltsplan weist nun noch ein Defizit von 932 000 DM auf“, erklärte Möller, da das neuzubildende Einwohnermeldeamt und das Gewerbeamt weitere zusätzliche Kosten verursachen würden.

Auf Grund der finanziellen mißlichen Lage wäre es aber auch unumgänglich, daß weitere 20 Mitarbeiter aus Kindereinrichtungen ab September gekündigt werden müssen.

Beschlossen wurde in einem weiteren Tagesordnungspunkt die Aufwandsentschädigungssatzung der Stadtverordnetenversammlung. Die Abgeordneten entschieden sich für die Variante, die ihnen für den persönlichen Bedarf weniger Geld einbringt.

Für das Gebiet südwestlich des Vorheider Weges zwischen dem Weg nach Bornow und der Bahnlinie nach Königs Wusterhausen soll ein vorzeitiger Bebauungsplan aufgestellt werden. Damit soll eine Abrundung und Verdichtung der vorhandenen Bebauung zur Gewinnung von Parzellen für den Eigenheimbau erreicht werden. Auch dieser Punkt fand die Zustimmung der Abgeordneten.

Im Falle einer Angliederung der Gemeinde Bornow (die Zustimmung vom Innenminister muß erst noch erfolgen) wurde dann auch ausführlich über eine Zusicherung an die Gemeinde Bornow diskutiert. Dieses ländliche Gebiet soll, so wünschen es die Bornower, als typisches brandenburgisches Dorf erhalten bleiben, wo Dorffestspiele, Fastnacht und andere Traditionen nicht nur ihren festen Platz behalten, sondern auch gefördert werden sollen. Allerdings kam es für diese Zusicherung noch nicht zum Beschluß. Die Abgeordneten verwiesen dieses Papier zwecks Konkretisierung zurück an den Hauptausschuß.

MARLENE FRIEDRICH